

Öffentliche Sitzung des Finanzausschusses am 13.11.2018

Anmerkung:

Bei dieser Veröffentlichung handelt es sich um eine Information, basierend auf der Niederschrift zur Sitzung des Finanzausschusses vom 13.11.2018.

Sie stellt keine (beglaubigte) Abschrift aus der Niederschrift dar, sondern lediglich eine inhaltliche Wiedergabe aus der Urschrift.



GEMEINDE NEUFAHRN
BEI FREISING

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort:

Rathaus, Sitzungssaal

am:

Dienstag, den 13.11.2018

Beginn:

18:00 Uhr

Ende:

19:36 Uhr

Vorsitzender:

1. Bürgermeister Franz Heilmeier

Schriftführer:

Anja Sawall

Anwesend:

Heilmeier, Franz
Auinger, Manuela
Eschlwech, Josef
Funke, Ingrid
Iyibas, Ozan
Manhart, Norbert
Pflügler, Florian
Seidenberger, Thomas
Kürzinger, Christa
(Vertretung für Michels, Gerhard)
Sen, Selahattin
(Vertretung für Printz, Harald)

Abwesend:

Michels, Gerhard
Printz, Harald

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------|---|--------------|
| 1) | Antrag zur finanziellen Bezuschussung einer neuen Vereinsfahne
des SV Eintracht Giggerhausen | FiV/032/2018 |
| 2) | Vorberatung der Haushalts- und Finanzplanung 2019 - 2022 | |
| 2.1) | Verwaltungshaushalt | FiV/034/2018 |
| 2.2) | Vermögenshaushalt | FiV/035/2018 |
| 3) | Bekanntgaben | |
| 4) | Anfragen aus dem Gremium | |

Bgm. Heilmeier eröffnete um 18:00 Uhr die öffentliche Sitzung. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses fest. Einwände gegen die Tagesordnung wurden nicht vorgebracht.

Öffentlicher Teil

TOP 1 Antrag zur finanziellen Bezuschussung einer neuen Vereinsfahne des SV Eintracht Giggerhausen

Sachverhalt:

Der Schützenverein Eintracht Giggerhausen e.V. beantragt mit Schreiben vom 14.10.2018 eine finanzielle Unterstützung zur Neubeschaffung der Vereinsfahne. Laut Verein ist eine Restaurierung der bestehenden Fahne aus historischer und wirtschaftlicher Sicht nicht sinnvoll. Zum einen würde bei einer Restaurierung die bestehende Fahne in Gänze so verändert, dass die alten historisch wertvollen Stickereien nicht mehr sichtbar bleiben, zum anderen würde die Restaurierung ca. € 8.000,- kosten und die Haltbarkeit wäre bei Weitem nicht wie bei einer neuen Fahne.

Eine neue Fahne wird laut Kostenvoranschlag der Fa. Eibl in Olching € 14.000,- – € 15.000,- kosten.

Die neue Fahne würde wieder viele Jahrzehnte überdauern und somit eine wertvolle Investition in den nun fast 100 Jahre bestehenden Schützenverein darstellen.

Diskussionsverlauf:

Kämmerer Halbinger erläuterte, dass bisher Zuschüsse nur für die Restaurierung von Vereinsfahnen gewährt wurden. Die Zuschusshöhe lag bei 50%. Dies sei der erste Antrag für die Neuanschaffung einer Vereinsfahne und könnte somit zu einem Präzedenzfall werden.

3. Bgm. Seidenberger vermutete, dass vor ca. 10 Jahren bereits ein Antrag auf Bezuschussung der Neuanschaffung einer Standartenfahne des Gartenbauvereins gestellt wurde.

GR Manhart sprach sich dafür aus, dies zunächst zu recherchieren und die Entscheidung zu vertagen.

GRin Auinger schloss sich der Befürwortung einer sofortigen Entscheidung von GRin Funke und GR Lybas an und führte fort, dass es bei derartigen Fahnen auch um ein Stück Vereinshistorie ginge, welche für Neufahrn wichtig sei.

Kämmerer Halbinger empfahl eine Obergrenze festzulegen, damit der Zuschuss in einem bestimmten Rahmen bleibe.

Bgm. Heilmeier schlug daher als Zuschuss 50% vom Kaufpreis und maximal € 7.500,- vor. Weitere Anträge würden erneut dem Ausschuss zum Beschluss vorgelegt werden.

Beschluss:

Der Finanzausschuss gewährt dem SV Eintracht Giggerhausen einen Zuschuss in Höhe von 50 % vom Kaufpreis – max. € 7.500,-.

Abstimmung: Ja 9 Nein 1

TOP 2 Vorberatung der Haushalts- und Finanzplanung 2019 - 2022

TOP 2.1 Verwaltungshaushalt

Sachverhalt:

Vorberatung Haushalts- und Finanzplanung 2019 - 2022 – Verwaltungshaushalt; auf die im Anhang zur Beschlussvorlage befindlichen Unterlagen Arbeitshaushalt Verwaltungshaushalt sowie Tabelle Haushaltsanträge wird verwiesen.

Diskussionsverlauf:

Kämmerer Halbinger trug einen kurzen Rückblick auf das Jahr 2018 beziehungsweise das voraussichtliche Ergebnis vor. Im Verwaltungshaushalt waren die Einnahmen mit € 34,85 Mio. angesetzt und würden sich im Ergebnis nun auf über € 40 Mio. belaufen.

Die wichtigsten Einnahmen seien im Detail:

	Ansatz	voraussichtliches Ergebnis	Differenz
Einkommensteuer / Einkommensteuer-Ersatz	14,5 Mio.	14,8 Mio. (nach 3. Rate)	+ 0,3 Mio.
Gewerbesteuer	6,5 Mio.	10 Mio.	+ 3,5 Mio.
Grundsteuer	2,84 Mio.	2,94 Mio.	+ 0,1 Mio.
Schlüsselzuweisung – Höhe war bereits im Rahmen des Nachtragshaushaltes bekannt	2,4 Mio.		
Gebühren, Zuweisungen, Zuschüsse, Mieten, etc.	5,2 Mio.	6,3 Mio.	1,1 Mio. innere Verrechnung
Steuer insgesamt	29,1 Mio.	33 Mio.	+ 3,9 Mio.

Die wichtigsten Ausgaben seien im Detail:

	Ansatz	Voraussichtliches Ergebnis	Differenz
Personal	9 Mio.	8 Mio.	- 1 Mio.
Verwaltungs- & Sachaufwand Gr. 5 + 6	5,3 Mio.	3,9 Mio.	- 1,4 Mio.
Gebäudeunterhalt	645.000,- - 122.000,- (Nachtragshaushalt) 525.000,-	378.000,-	-150.000,-
Zuweisungen & Zuschüsse	6,6 Mio.	5,8 Mio.	- 0,8 Mio.
Kreisumlage	10,1 Mio.		
Gewerbesteuerumlage	1,175 Mio.	2 Mio.	+ 0,825 Mio.

Insgesamt werde im Verwaltungshaushalt ein Ergebnis erwartet, welches in dieser Größenordnung noch nicht erreicht worden sei.

Finanzplanung 2019

Folgende Anpassungen bei den Kommunalunternehmen ergeben sich aufgrund des Wirtschaftsplans:

Bisher	615.000	625.000	630.000	635.000
Neu	695.000	652.000	640.000	550.000
Differenz	+ 80.000	+ 27.000	+ 10.000	- 85.000

Seitens der Verwaltung wurden folgende Vorschläge vorgebracht, um die vorgeschriebene Mindestzuführung zu erreichen:

Reduzierung der Personalausgaben um € 500.000,- → Ansatz somit wie 2018 bei € 9 Mio.

Verringern der Gebäudeunterhaltskosten auf insgesamt € 475.000,- = ca. € 150.000,- Einsparung

Erhöhung der Einkommensteuerbeteiligung von € 14,6 Mio. auf € 14,8 Mio. = € 200.000,- Mehreinnahmen

Der Verwaltungshaushalt stellt sich aktuell wie folgt dar:

Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Differenz	Tilgung	Freie Spanne
2019	34.484.800,00	34.326.440,00	1.008.360,00	759.350,00	249.010,00
2020	33.587.650,00	34.991.980,00	-1.404.330,00	739.000,00	-2.143.330,00
2021	35.315.550,00	33.489.960,00	1.825.590,00	756.000,00	1.069.590,00
2022	35.606.250,00	34.259.440,00	1.346.810,00	759.600,00	587.210,00
			2.776.430,00		-237.520,00

Kämmerer Halbinger wies auf die Rückseite von Seite 188 der verteilten Unterlagen hin, auf welcher die Ergebniszahlen der Mittelanforderungen verschiedener Bereiche hinterlegt seien. Die Verwaltung schlage zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts folgende Ansatzveränderungen vor:

Posten	geplantes Budget 2019	Veränderung	Neues Budget 2019
Personalausgaben	9.500.000,-	- 500.000,-	9.000.000,-
Einkommensteuer	14.600.000,-	+ 200.000,-	14.800.000,-
Gebäudeunterhalt	600.000,-	- 125.000,-	475.000,-

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, den Verwaltungshaushalt in der vorgelegten Form unter Berücksichtigung der in der Sitzung gefassten Beschlüsse bzw. Änderungen zu verabschieden.

Abstimmung: Ja 10 Nein 0

TOP 2.2 Vermögenshaushalt

Sachverhalt:

Vorberatung Haushalts- und Finanzplanung 2019 - 2022 – Vermögenshaushalt.

Diskussionsverlauf:

Kämmerer Halbinger erläuterte zunächst die wichtigsten Zahlen zum Vermögenshaushalt.

So wurden die Ausgaben über den Nachtrag von € 20,9 Mio. auf € 18,6 Mio. reduziert. Der aktuelle Stand belaufe sich auf € 4,9 Mio. Die Ausgabeermächtigung für Haushaltsreste aus den Vorjahren betrage € 5,7 Mio. wobei aktuell € 1,9 Mio. ausgegeben seien.

An Einnahmen seien € 18,6 Mio. angesetzt worden. Diese belaufen sich derzeit auf € 6,1 Mio., wobei eventuelle Rücklagenentnahmen, Kreditaufnahmen oder Zuführungen noch nicht gebucht seien.

HER für Fördermittel zu den Projekten „Grundschule II“, „Am Bahndamm“ und „Dorfhaus Fürholzen“ machten € 3,5 Mio. aus. Somit betragen die Rücklagen für neue Investitionen zum Jahresende voraussichtlich € 18 Mio..

Insgesamt seien die Ausgaben aus unterschiedlichsten Gründen weit hinter den geplanten Ansätzen zurück geblieben.

Trotz deutlich steigender Umlage- und Steuerkraftzahlen (€ 23,1 (€ 21,2) bzw. € 21,2 (€ 19,9) Mio.) und den für Neufahrer Verhältnisse sehr guten Zahlen sei Neufahrn im landkreisweiten Trend von Platz 9 auf Platz 12 zurückgefallen. Im Gegenzug führen die hohen Zahlen dazu, dass die Kreisumlage um knapp € 1 Mio. auf € 11,1 Mio. steige.

Bei der Klausur sei bereits besprochen worden, Maßnahmen, die ursprünglich für 2019 geplant waren, auf künftige Haushaltsjahre zu verteilen. Dadurch seien die geplanten Ausgaben 2019 um rund € 4 Mio. reduziert worden. Allerdings müssten die Kosten für manche Maßnahmen – besonders im Bereich des Straßenbaus – aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage eventuell nach oben korrigiert werden.

Der Vermögenshaushalt stellt sich aktuell wie folgt dar:

Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Differenz	Ergebnis Verwaltungs- haushalt	Gesamt- ergebnis
2019	4.396.900,00	28.085.995,00	- 23.689.095,00	1.008.360,00	- 22.680.735,00
2020	6.623.900,00	16.277.345,00	- 9.653.445,00	- 1.404.330,00	- 11.057.775,00
2021	10.518.900,00	11.877.645,00	- 1.358.745,00	1.825.590,00	466.845,00
2022	7.278.400,00	6.886.245,00	392.155,00	1.346.810,00	1.738.965,00
			- 34.309.130,00		- 31.532.700,00

Bezogen auf das vorliegende Investitionsprogramm bedeute dies, dass der Einsatz der gesamten Rücklage (ca. € 18 Mio.) sowie eine Kreditaufnahme in Höhe von € 15,8 Mio. zur Finanzierung erforderlich sei.

3. Bgm. Seidenberger sprach die diversen Straßensanierungsmaßnahmen in Höhe von € 350.000,- an und fragte, ob die Gemeinde hierfür nach der neuen Straßenausbauesatzung Zuschüsse erhalten könne. Zudem sprach er sich dafür aus, Straßen mal wieder komplett zu sanieren als immer wieder kleine Ausbesserungen vorzunehmen.

GL Sczudlek erklärte, dass sich der Anteil der Gemeinde aufgrund der neuen Gesetzgebung nicht ändere und sich vermutlich eher eine finanzielle Mehrbelastung für die Gemeinde ergebe.

Bgm. Heilmeier ergänzte, dass zunächst die tatsächlichen Auswirkungen durch den Wegfall der Straßenausbaubeitragssatzung und der künftigen Förderrichtlinien abgewartet werden müssten. Zu gegebenem Zeitpunkt werde dann vieles neu besprochen und beleuchtet werden müssen.

GR Eschlwech interessierte, ob die bei der Klausur erarbeiteten Punkte bereits in die vorliegenden Unterlagen eingearbeitet wurden.

Kämmerer Halbinger bestätigte, dass die Ergebniszahlen entsprechend aktualisiert wurden, ein neuer Ausdruck aber nicht erfolgt sei.

GR Manhart irritierten die Kalkulationen, da seiner Ansicht nach eine wachsende Gemeinde auch wachsende Ausgaben verursache. Laut der Zahlen würden sich die künftigen Ausgaben jedoch verringern. Dies sei für ihn nicht nachvollziehbar und eher unrealistisch. Ihn interessiere daher, ob die Gemeinde wirklich auch alle für 2019 geplanten Projekte durchführen könne.

Bgm. Heilmeyer erklärte, dass der aktuelle hohe Wert das Ergebnis der in den letzten Jahren im Gemeinderat beschlossenen Projekte sei. Für die kommenden Jahre seien bisher noch keine kostenintensiven Beschlüsse gefasst worden.

BAL Schöfer ergänzte, dass die Durchführung von Projekten aus verschiedensten Gründen nicht immer planmäßig verlaufe. So sei die Gemeinde maßgeblich von externen Beteiligten abhängig, benötige jedoch für diverse Entscheidungen, unter anderem auch im Gemeinderat, länger als angenommen. Verzögerungen seien nicht absehbar und für die Verwaltung schwer zu planen.

GR Pflügler sah kein Problem in der vorgestellten Haushaltplanung. Die Ausgaben seien im Zuge der Zukunftsplanung im Gemeinderat beschlossen worden, und Verzögerungen in der Durchführung von Projekten seien normal. Die Darstellung des Haushaltsplans sei für ihn sinnvoll.

GR Iyibas erachtete die geplante Kreditaufnahmen in Höhe von € 16 Mio. als zu hoch. Er bemängelte, dass Kosten nicht in dem Jahr ausgegeben würden, für welches sie geplant seien und regte an, die einzelnen Projekte detaillierter im Konsens zum gesamten Haushaltsplan zu besprechen. Es stimme zwar, dass die Projekte im Gemeinderat beschlossen worden seien, doch könne man durch die Einzelbetrachtung nicht ermessen, wie hoch die Gesamtausgaben am Ende seien. Hier müsse der Finanzausschuss entsprechende Empfehlungen aussprechen, um die Kosten im Rahmen zu halten. Er plädierte dafür, einen Teil der Projekte in künftige Jahre zu schieben. Zudem solle man genauer anhand von Kosten und Kapazitäten entscheiden, welches Projekt in welchem Jahr realisiert werden könne.

GRin Funke vertrat die Meinung, dass das Investitionsprogramm zwar ambitioniert sei, jedoch widerspiegle, was im Gemeinderat an Einzelmaßnahmen beschlossen worden sei – unter anderem auch weil die Fördermöglichkeiten derzeit ausgesprochen gut seien.

Bgm. Heilmeyer wies darauf hin, dass Kämmerer Halbinger die Haushaltsplanungen mit viel Bedacht erstelle und berücksichtige, dass manche Entwicklungen schlechter verlaufen könnten als geplant.

GR Eschlwech sprach sich gegen die Verschiebung von Projekten aus. Es würden ohnehin nur wirklich wichtige Vorhaben beschlossen und dafür müsse man notfalls auch einen Kredit aufnehmen.

GR Manhart beantragte, die Abstimmung über eine Verschiebung der weiteren Baumaßnahmen am „Mesnerhaus“ ins Haushaltsjahr 2020/2021. Dem Antrag zur Geschäftsordnung stimmte das Gremium einvernehmlich zu.

BAL Schöfer erklärte hierzu, dass die Genehmigung eingereicht sei und man vor der Ausführungsplanung stehe. Insofern sei genau jetzt der richtige Zeitpunkt zu überlegen, wann die Baumaßnahmen umgesetzt werden sollen.

GR Manhart fragte weiterhin nach den Projekten „Weihnachtsbeleuchtung“ und „geschlossene Stände“, welche letztes Jahr verschoben wurden und nun nicht mehr in der Auflistung seien.

Kämmerer Halbinger erinnerte sich, dass die „geschlossenen Stände“ im Verwaltungs- und Personalausschuss abgelehnt worden seien.

GRin Kürzinger ergänzte, dass auch die „Weihnachtsbeleuchtung“ zugunsten einer fahrbaren Bühne abgelehnt worden sei. Für diese würde jedoch bis heute kein Angebot vorliegen.

GL Sczudlek wendete ein, dass Frau Dobner sich bereits um die Einholung von Angeboten gekümmert habe und die eingeplanten Gelder nach entsprechender Beschlussfassung als Ausgabenreste erhalten blieben.

Beschluss 1:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, die Durchführung der weiteren Baumaßnahmen am „Mesnerhaus“ in das Haushaltsjahr 2020/2021 zu verschieben.

Abstimmung: Ja 4 Nein 6 (abgelehnt)

Beschluss 2:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, den Vermögenshaushalt in der vorgelegten Form unter Berücksichtigung der in der Sitzung gefassten Beschlüsse bzw. Änderungen zu verabschieden.

Abstimmung: Ja 10 Nein 0

TOP 3 Bekanntgaben

- keine -

TOP 4 Anfragen aus dem Gremium

- keine -

Neufahrn, 05.02.2019

Vorsitzender

Franz Heilmeyer

1. Bürgermeister

Anja Sawall

Protokollführung